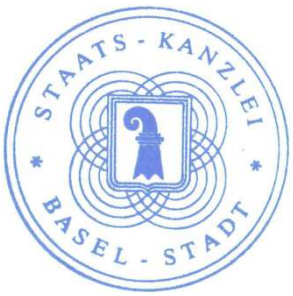
Regierungsratsbeschluss vom 06. November 2018

Interpellation Nr. 93 Balz Herter betreffend Umsetzung der eidgenössischen Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ (Selbstbestimmungsinitiative); schriftliche Beantwortung **P185330**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung
Der wirtschaftliche Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie der Region Basel stützen sich unter anderem auf die bilateralen und multilateralen Verträge. Deshalb sieht der Regierungsrat bei einer Annahme der Volksinitiative die Rechtssicherheit und die Stabilität, welche durch die sehr dichte rechtliche Vernetzung mit dem Ausland geboten wird, in Gefahr. Der Regierungsrat geht davon aus, dass eine Annahme der Initiative negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen und auf die Volkswirtschaft hätte.